



Bericht und Beschlussempfehlung

des Innen- und Rechtsausschusses

a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten und der Landesministerinnen und Landesminister (Landesministergesetz)

Gesetzentwurf der Fraktion des SSW
Drucksache 17/652

b) Regierung an Sparplänen beteiligen

Antrag der Fraktion des SSW
Drucksache 17/653

c) Resolution zur sofortigen Umsetzung der Einsparbeschlüsse der Landesregierung für die Mitglieder der Landesregierung, die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre sowie für die Verwaltungskosten der Landesregierung sowie zur Änderung der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/705

Der Landtag hat die oben genannten Vorlagen durch Plenarbeschluss vom 8. Juli 2010 federführend an den Innen- und Rechtsausschuss und mitberatend an den Finanzausschuss überwiesen. Beide Ausschüsse haben sich in mehreren Sitzungen mit den Vorlagen befasst, der federführende Innen- und Rechtsausschuss zuletzt in seiner Sitzung am 8. Dezember 2010, der beteiligte Finanzausschuss zuletzt in seiner Sitzung am 9. Dezember 2010.

- In Übereinstimmung mit dem beteiligten Finanzausschuss empfiehlt der Innen- und Rechtsausschuss dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW die Ablehnung des Gesetzentwurfs der Fraktion des SSW über die Rechtsverhältnisse der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten und der Landesministerinnen und Landesminister (Landesministergesetz), Drucksache 17/652.

- Ebenfalls in Übereinstimmung mit dem beteiligten Finanzausschuss empfiehlt der Innen- und Rechtsausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und eines Abgeordneten der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen von der LINKEN und SSW sowie bei Enthaltung der übrigen Abgeordneten der Fraktion der SPD dem Landtag, den Antrag der Fraktion des SSW, Regierung an Sparplänen beteiligen, Drucksache 17/653, abzulehnen.
- Der Antragsteller, die Fraktion der SPD, hat die Nummern 1, 4, 7, 8 und 9 ihres Antrags, Resolution zur sofortigen Umsetzung der Einsparbeschlüsse der Landesregierung für die Mitglieder der Landesregierung, die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre sowie für die Verwaltungskosten der Landesregierung sowie zur Änderung der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags, Drucksache 17/705, zurückgezogen.

Die übrigen Nummern des Antrags wurden im Innen- und Rechtsausschuss einzeln abgestimmt: Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW die Ablehnung der Nummern 2 und 5 des Antrages in der Drucksache 17/705. Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und DIE LINKE bei Enthaltung der Stimme der Fraktion des SSW empfiehlt er dem Landtag auch die Ablehnung der Nummer 3 des Antrages. Außerdem empfiehlt er mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und DIE LINKE die Ablehnung der Nummer 6 des Antrags.

Der beteiligte Finanzausschuss empfahl dem Innen- und Rechtsausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKEN und SSW, dem Landtag die Ablehnung der Nummern 2, 3, 5 und 6 des Antrages, Drucksache 17/705, zu empfehlen.

Damit empfiehlt der Innen- und Rechtsausschuss dem Landtag - im Ergebnis im Einvernehmen mit dem beteiligten Finanzausschuss - mehrheitlich die Ablehnung des Antrags der Fraktion der SPD, Drucksache 17/705.

gez. Thomas Rother

Vorsitzender